

FR 11/1/57

# er Kindesmitbrauchspruch

Von Michael Grabenstedt (Mainz)

Am Tag der Urteilsverkündung hat der Vorsitzende Richter Hans E. Lorenz das Feld im Saal 201 des Mainzer Landgerichts ganz allein für sich 131 Tage hatte er hier auf seiner 3. Jugendhilfsstrafkammer zugebracht, Zeugen vernommen, Beweisanträge entschieden, Gutachtern gehorcht, das Verfahren geprüft, soweit Anwälte und Staatsanwälte ihn ließen, die Mindervernehmung eingeführt und damit ein Stück deutsche Rechtsgeschichte geschrieben. Es ist das letzte der drei Mainzer Kindesmißbrauchsverfahren, die seit Ende 1994 verhandelt werden, in dem Lorenz am Dienstag das Urteil fällt:

Der Satz wie am Festschreiben steht am Anfang des Spruchs, der Satz, der auf einen Schlag aus den letzten elf Angeklagten (zwei) unschuldige Menschen und aus selbsternannten Ermittlern, Kreditschützern, Jugendämtern, aber auch der Justiz, den Staatsanwälten und den Medien Angeklagte macht „Der Wormser Massenmordbruch hat es nie gegeben“, stellt Lorenz der sorgsam gegliederten Urmaschung seiner Urteilsbegründung voran. Die Angeklagten seien deshalb „wegen erwiesener Unschuld“ freizusprechen. Der Rest der Urteilsbegründung, die von kurz vor neun morgens bis in den späten Nachmittag dauert, ist akribische Rechtsarbeit, Bewertung der Zeugen Aussagen, Gewichtung der Gutachten, Abrechnung mit den Ermittlungen, Auflistung der Fehler, Ermahnungen an die „mündigen Kampfhandlungen“ im Gericht — aber auch ein Stück Selbstinszenierung des Richters. In 17 Mißbrauchsverfahren habe er bisher der Vorsitz geführt, 15mal verurteilt, nur zweimal freigesprochen — in den beiden Wormser Verfahren.

Die Kunstgenossen wohlgesetzt, die Stimm

nie modifiziert, Nachdenklichkeit durch Sprachpausen sichtbar gemacht. — Hans E. Lorenz kann nicht verheimlichen, daß seine Freizeit Sport und Medien gefüllt. Als Moderator der regionalen Sportsendung „Flutlicht“ kennen ihn die Südwest fünf-Schau, zuletzt Nummer 10 — maltesen in der Urteilsvorbereitung — in einer Sonderausgabe über den Bildschirm, als die Mainzer Kickers um den Aufstieg kämpfen und Kaiserslautern sich seine Klassigkeit gesichert hatte. Lorenz greift auch im Urteil auf die bunte Bildwelt der Sportlerichterstattler zurück, kokettiert mit seiner Bildschirmpresenz.

„Wir hatten einmal das Gefühl, mit einem schweren Medizinball hantieren zu müssen, und halten jetzt die Reste eines Luftballons in der Hand“. Dieses Fazit von Lorenz gilt für alle drei Wormser Mißbrauchsverfahren, bei denen die Beweislage von Beginn an falsch eingeschätzt worden sei. Drei verschiedene Strafkammern, drei Urteile, die, wie Lorenz meint, „mit leichter Abweichungen in den Begründungen zum selben Ergebnis kamen“, 34 Angeklagte, 327 Prozeßtage insgesamt, mehr als zweieinhalbtausend Seiten Urteilsbegründungen, Revision in allen drei Verfahren — und dann noch mehr als die Fetzen eines Luftballons?

Die Staatsanwaltschaft hatte diese „Luftballons“, wenn man in der Richter-Wahlwahl verharren, in ihren Plädoyers noch einmal kräftig aufgeblasen. Sieben bis 15 Jahre Freiheitsstrafe hatte Staatsanwältin Hedie Finke, hochschwanger, gefordert. Nun muß sie sich wie in einem Examen verhalten lassen, was sie alles in ihren Plädoyers „vergesen“ hat. „So kann man sich in einem Rechtsstaat nicht verhalten“, meint Lorenz die Staatsanwältin, vergißt aber auch nicht, daß Gerichte in Mainz und Koblenz Zeugnisaussagen

und gutachterliche Stellungnahmen für so gravierend hielten, daß die meisten Angeklagten 24 Monate und länger in Untersuchungshaft blieben. Ein Hauch von richterlichem Mitleid schwingt mit.

Die Veranwortung, daß etwas schiefge-  
laufen ist, nicht das Gericht bei der Justiz.  
Da geht es die Selbstüberschätzung von  
Zeugen, die Zweifel an ihrer fachlichen  
Kompetenz gar nicht erst aufkommen lie-  
ßen, die Gutachter, die man als Staatsan-  
waltschaft eben nicht einschaltete, um sie  
dann anzuzweifeln". Die Ermittlungen  
der „Wildwasser“-Beraterin in Worms  
hätten Familien „ganz schön aufge-  
schreckt“, und manche Familien in Worms  
zählten gar nicht, daß auch sie in den Ak-  
ten auftauchten. Dazu die Kinderaussa-  
gen, das Abprüfen der Glaubwürdigkeits-  
kriterien, des Streut um die Suggestiv-  
wirkung von Befragungen. Lorenz wehrt  
sich gegen den Vorwurf „Medienmasche“.  
Seit 1896 sei es in der Rechtsliteratur im-  
mer wieder um die Suggestibilität von  
Kindern gegangen. Die entscheidende  
Frage, ob das, was Kinder sagen, „erleb-  
t oder erdelt ist“, sei eben „ja/nein“.

Lorenz rechnet mit Aufklärungsaktionen ab. Piskate in S-Bahnen wie „Jedes dritte Kind ist ein mißbrauchtes Kind“, Zeuginnen wie jene Frau von der Wildwasser Beratungsstelle in Wien, die „im Zweifelsfall“ annahm, wohnt er überall. Hier heißt sie H., woanders heißt sie anders.“ Und gibt gleich die Vorlage, um die Abrechnung mit feministischen Ansätzen nicht allein hart erscheinen zu lassen: Beratungsstellen und Kinderschutzdienste seien sehr verdienstvoll, „wenn sie sich auf die therapeutischen Behandlungen beschrankten.“ Fröhlich „Aufklärungsvorber“ darf ihre Sache nicht sein, dann könne aus „Kinderschutz“ Täter schutz werden, weil die Verdachts Spuren

zugeschlossen werden". Aufklärung glaubt Lorenz mit seiner Kammer betreiben zu haben. Des Ratschels Lösung sind Fakten und Daten", sagt er und wirkt dabei fast wie jener Chefredakteur eines Nachrichtenmagazins, der sich in Fernsehspots selbst vermarktet. Fakten und Daten" verbieten nach Auffassung der Kammer eine Verurteilung, weil „uns an geklagt war, so nie geschieden sein kann".

Trotzdem — in einem Fall hat er sexuellen Mißbrauch für erwiesen. Bei sechs weiteren Kindern gebe es Hinweise, aber keine Beweise“, und bei sieben Kindern habe es nicht einmal ernstzunehmende Hinweise gegeben. Nicht ausschließen will er, daß einige Kinder Opfer eines individuellen Mißbrauchs geworden sind. Dann eine überraschende Bemerkung: Für das Gericht steht außer Frage, daß die Kinder Opfer sind“. Lerner heftet die Interpretation mit: Allerdings spreche mehr dafür, daß sie Opfer des Verfahrens als Opfer des Mißbrauchs sind“. Zu urteilen sei in dem Verfahren „gut gemeint, aber schlecht gemacht gewesen“.

Trotz letztem Urteil, die Wormser Verfahren werden weitergehen und Folgewirkungen entfalten. Geistliche Repetition der Zeugenvernehmung per Video, anhaltende Diskussion um die Verantwortlichkeit von Künderaussagen, Revision der Staatsanwaltschaft, vielleicht auch der Nebenklage, Auseinandersetzungen um die im Hofraum untergebrachten Kinder vor dem Vormundschaftsrichter. Dies ist nur ein erster Erfolg", sagte eine der Verteidigerinnen. Die Angeklagten wollen ihre Kinder zurück. Doch die, so hatte schon Jens Beutel, der Mai Richter und jetzt Oberbürgermeister in Mainz, im ersten Wormser Verfahren festgestellt, sind „aufs schwerste geschädigt und brauchen Schutz". Die Frage bleibt, von wem und vor wem?